

## **Beschlussempfehlung und Bericht**

### **des Ausschusses für Europa und Internationales**

**zu der Mitteilung des Ministeriums des Inneren, für Digitalisierung und Kommunen vom 9. März 2022  
– Drucksache 17/2092**

**Unterrichtung des Landtags in EU-Angelegenheiten;  
hier: Einrichtung des Programms der Union für sichere  
Konnektivität für den Zeitraum 2023 – 2027  
COM(2022) 57 final (BR 67/22)**

#### Beschlussempfehlung

Der Landtag wolle beschließen,

von der Mitteilung des Ministeriums des Inneren, für Digitalisierung und Kommunen vom 9. März 2022 – Drucksache 17/2092 – Kenntnis zu nehmen.

23.3.2022

Der Berichterstatter:

Josef Frey

Die stellvertretende Vorsitzende:

Andrea Bogner-Unden

#### Bericht

Der Ausschuss für Europa und Internationales beriet öffentlich die Mitteilung des Ministeriums des Inneren, für Digitalisierung und Kommunen, Drucksache 17/2092, in seiner 9. Sitzung, die in gemischter Form mit Videokonferenz stattfand, am 23. März 2022.

Abg. Josef Frey GRÜNE dankte dem Innenministerium für die Mitteilung Drucksache 17/2092 und fuhr fort, Ziel des Verordnungsvorschlags sei es, ein satellitengestütztes Kommunikationssystem aufzubauen, das einerseits die Resilienz der EU stärke und Kommunikation von terrestrischen Leitungen unabhängig mache sowie andererseits auch strukturschwache Gegenden erschließe. Dieses Vorhaben sei sehr zu begrüßen. Er könne sich hier durchaus der Bewertung des Ministeriums anschließen.

Da aber nicht nur private, sondern auch staatliche Verbindungen betroffen seien, sollte das Ganze nach seinem Dafürhalten nicht völlig dem freien Markt überlassen werden. Vielmehr sollte der Staat über Zuschüsse eine Steuerung übernehmen, um die Sicherheit und die Glaubwürdigkeit eines solchen Angebots zu erhöhen. In den

Ausgegeben: 30.3.2022

*Drucksachen und Plenarprotokolle sind im Internet  
abrufbar unter: [www.landtag-bw.de/Dokumente](http://www.landtag-bw.de/Dokumente)*

*Der Landtag druckt auf Recyclingpapier, ausgezeichnet mit dem Umweltzeichen „Der Blaue Engel“.*

weiteren Verhandlungen sei daher zu berücksichtigen, dass die Mitgliedsstaaten eigene Mittel und eigene Steuerungsmöglichkeiten einbringen sollten.

Abg. Sabine Hartmann-Müller CDU legte dar, die Kommission plane hier die Einrichtung eines sicheren Satellitenkommunikationssystems, das die Erbringung weltweit sicherer, flexibler und widerstandsfähiger Satellitenkommunikationsdienste für Behörden der Union und der Mitgliedsstaaten gewährleiste. In diesem Kontext seien auch die allgemeinen Bemühungen für mehr Autonomie und mehr Resilienz in der EU zu sehen. Das begrüße sie ausdrücklich. Gerade auch mit Blick auf die nachrichtendienstliche Verwendung und die Abwehr von Cyberattacken sei das Vorhaben sinnvoll.

Des Weiteren sollte unbedingt sichergestellt werden, dass neben den nationalen Diensten auch das Landesamt für Verfassungsschutz und die Cyberabwehr in Baden-Württemberg von dem geplanten Ausbau profitierten.

Abg. Alena Trauschel FDP/DVP äußerte, das Vorhaben sei im privaten Sektor im Grunde mit Starlink von Elon Musk vergleichbar. Das Anliegen halte sie für sehr gut. Doch verbrauche Satellitenkommunikation sehr viel Strom. Sie interessiere, wie vor dem Hintergrund des derzeitigen Kriegs und der zunehmenden Elektrifizierung die Stromversorgung gedeckt werde und wie diese Lücken in der deutschen Stromversorgung geschlossen werden könnten.

Abg. Emil Sänze AfD zeigte auf, er habe das Ganze mit großem Interesse gelesen. Bisher seien mit dem Galileo-System keine Meriten errungen worden. In diesem Bereich gelte es, einen enormen Rückstand aufzuholen.

Vom Grundsatz her sei das Streben nach Autonomie durchaus zu begrüßen. Ob der reine Wille dazu ausreiche, sei allerdings zu bezweifeln. Denn die USA seien mit ihrem Ende der Achtzigerjahre militärisch indizierten GPS-System weit voraus. Auch China sei im Weltraum stark vertreten. Es müsse daher beobachtet werden, ob die Mittel, die angekündigt worden seien, ausreichten, um diesen Wettbewerbsnachteil aufzuholen.

Dem Grundsatz nach würde er sich weitgehend den Ausführungen von Herrn Abg. Frey anschließen. Auch der Staat habe einen Anspruch darauf, dass Deutschland dort aktiv vertreten sei.

Abg. Josef Frey GRÜNE ergänzte, für das Starlink-Internet würden momentan 100 € pro Monat verlangt. Das Angebot der EU sollte weit darunter liegen, damit es sozial barrierefrei sei. Europa müsse da konkurrenzfähiger sein. Auch Menschen, die die 100 € im Monat nicht aufbringen könnten, müsse ein Angebot gemacht werden.

Stellv. Vorsitzende Andrea Bogner-Unden hielt fest, da keine Verbindung zum Innenministerium aufgebaut werden könne, würden die Antworten auf die gestellten Fragen nachgereicht.

Ohne förmliche Abstimmung empfahl der Ausschuss für Europa und Internationales dem Plenum, von der Mitteilung Drucksache 17/2092 Kenntnis zu nehmen.

29.3.2022

Frey